

Steuern rauf, Frau Wagenknecht?

Dewezet-Interview zur Bundestagswahl mit der Partei- und Fraktionsvizechefin der Linken

Frau Wagenknecht, wer hat Ihnen denn beim TV-Duell besser gefallen, Angela Merkel oder Peer Steinbrück?

Ich finde, das Duell hat vor allem eines gezeigt: Da sollten sich zwei duellieren, die eigentlich in allen Grundfragen einer Meinung sind. Das macht die Sache natürlich sehr langweilig. Das ist auch das Problem, warum die SPD nicht hochkommt: Weil ihr Kanzlerkandidat keine wesentlich andere Politik vertritt, als es Frau Merkel sowieso schon macht.

Die Linke sieht sich als die einzig wahre Alternative zu allen, wie funktioniert das?

Das Traurige in der deutschen Politik ist, dass im Grunde seit der Agenda 2010 auch SPD und Grüne offensichtlich eine Politik für alternativlos halten, die Beschäftigte zu Niedriglöhnern degradiert, die Rentnerinnen und Rentnern die Rente kürzt, die Arbeitslose drangsaliert. Wir finden, dass es dazu eine Alternative geben muss und dass diese Politik nicht akzeptiert werden darf. Wir wollen soziale Gerechtigkeit.

Ihr Wahlslogan heißt „100 Prozent sozial“. Das kann jeder unterschreiben, aber wenn wir die Vorhersagen anschauen, werden die Linken Glück haben, wenn sie zehn Prozent der Wählerstimmen erhalten. Wie erklärt sich diese Diskrepanz?

Ich finde, zehn Prozent für eine Partei links von der SPD sind kein schlechtes Ergebnis. Es zeigt, dass immer mehr Menschen sich wirklich Alternativen wünschen. Natürlich ist es ein Problem, wenn in einem Wahlkampf keine ernsthafte alternative Regierungsoption existiert. Es ist doch nur die Frage, mit wem Frau Merkel weiterregiert. Entweder schafft sie es noch einmal mit der FDP oder es kommt die Große Koalition, sogar Schwarz-Grün ist nicht ausgeschlossen – und die Politik wird genau die gleiche sein wie vorher. Und dann fragen die Leute: Wenn wir die Linke wählen, was ändert sich denn dann? Was wir stärker verdeutlichen müssen, ist, dass man sehr wohl aus der Opposition heraus Regierungen vor sich hertreiben kann und es für die Regierungspolitik der nächsten Jahre sehr wichtig sein wird, dass es eine starke linke Opposition gibt. Unsere Stärke ist die Hemmschwelle für Sozialabbau.

Welche Regierungskoalition wünschen Sie sich?

Natürlich würde ich mir wünschen, dass die SPD irgendwann wieder zur Besinnung kommt und sich daran erinnert, was sozialdemokratische Politik von Bebel bis Brandt gewesen ist. Dann gäbe es große Überschneidungen mit uns, dann könnte sie mit uns gemeinsam einen ordentlichen Mindestlohn einführen, die Rente ab 65 Jahren wieder herstellen, eine auskömmliche Arbeitslosenversicherung statt Hartz IV einführen, Leiharbeit verbieten, Werkverträge regulieren. Das sind unsere Programmpunkte, das sind eigentlich auch mal Uranliegen von Sozialdemokraten gewesen. Wenn die SPD das wieder möchte, wenn sie möchte, dass es wirklich gerechter wird in Deutschland, dann hat sie mit uns einen Partner.

Man hat den Eindruck, dass sich die Linken sehr wohlfüh-

len auf der Oppositionsbank, gar nicht in die Regierung drängen. Kann das damit zusammenhängen, dass man als Teil einer Regierung das umsetzen muss, was man an hehren Zielen aufgestellt hat?

Wir würden sehr gerne die Ziele umsetzen, die wir aufstellen und das ist ja auch nicht irgendwelche Träumerei. Also zehn Euro Mindestlohn ist ein Gesetz und das zu machen, das würde die Lebensumstände von Millionen Menschen verbessern. Oder eben eine Millionärssteuer, also eine Vermögenssteuer für Millionäre und Multimillionäre, das wäre natürlich durchführbar. Es würde 80 Milliarden öffentliche Einnahmen bringen. Das wäre richtig viel Kohle, mit der man bessere Bildung oder Gesundheitsversorgung finanzieren könnte.

Haben Sie die Option Rot-Rot-Grün für 2013 bereits weggeschenkt?

Die Hoffnung, dass die SPD vielleicht doch noch ein gewisses Überlebensinteresse packt, sollte man nie aufgeben. Aber natürlich muss man zunächst mal zur Kenntnis nehmen, dass Steinbrück wie auch Gabriel eine Zusammenarbeit mit uns ausgeschlossen haben. Eine rot-grüne Mehrheit wird es definitiv nicht geben, die einzige Chance wäre daher ein Dreierbündnis. Was wir in Deutschland brauchen, ist eine linke Alternative, die Schwarz-Gelb mit folgenden Fragen konfrontieren würde: Ist es nicht besser, Milliarden in Bildung zu investieren, als spanische oder irische Banken zu retten und griechischen Oligarchen Verluste abzunehmen? Zurzeit tut das allein die Linke.

BUNDESTAGSWAHL
22. SEPTEMBER 2013

Ist Ihr Kalkül, dass es für Rot-Grün alleine nicht reicht, Steinbrück abtritt und er damit den Weg für ein Rot-Rot-Grünes Bündnis freimacht?

Bisher hat auch Gabriel das ausgeschlossen, aber je stärker die Linke wird, desto wahrscheinlicher ist, dass er sich korrigiert. Wir können allerdings nicht in der SPD dafür sorgen, dass die Leute, die für Renten Kürzung, Sozialabbau und schlechte Löhne stehen, irgendwann in die Wüste geschickt werden. Das können nur die SPD-Mitglieder selbst tun. Wenn die SPD jetzt das zweite Mal ein blamables Wahlergebnis einfährt, dann ist die Chance gegeben, dass das auch zu einer personellen Erneuerung führt.

Sie zeichnen gerne das Bild vom perfekten Sozialstaat – wo in der Welt ist Ihr Vorbild?

Wir hatten in Deutschland schon einmal einen wesentlich besseren Sozialstaat. Als die Bundesrepublik gegründet wurde, war das Ziel der Politik Wohlstand für alle. Die Rentenversicherung wurde ausgebaut, es gab eine relativ gute Arbeitslosenversicherung. Das Schlimme ist ja, dass gerade die rot-grüne Regierung für den Durchbruch in Richtung Sozialabbau steht.

Wohlstand muss ja auch erarbeitet werden. Skizzieren Sie uns doch Ihren wirtschaftspolitischen Ansatz, der Wohlstand und Sozialstaat unter einen Hut bringt und den Min-

destlohn auch noch bezahlt ...

Die Menschen, die hart arbeiten, schaffen den Wohlstand in Deutschland, aber ihr Anteil daran sinkt. Wir haben auf der einen Seite Zugewinne bei den Vermögen der Multimillionäre und Milliardäre von teilweise acht bis zehn Prozent jährlich, während die Löhne und Sparguthaben der Mehrheit der Menschen, auch der oft beschworenen Mittelschicht, sinken.

Wie wollen Sie das korrigieren?

Das fängt mit dem Mindestlohn an, das geht weiter mit einem Verbot der Leiharbeit, mit einem endlich wirklichen Vorgehen gegen den Missbrauch von Werkverträgen, Befristungen und Kettenverträgen. Für junge Menschen ist heute ja ein unbefristeter ordentlich bezahlter Vollzeit-Arbeitsplatz in etwa so wahrscheinlich wie ein Fünfer im Lotto. Das heißt, sie finden ihn kaum noch. Und die Rentenkürzungen und die Rente mit 67 wollen wir zurücknehmen. Natürlich kann man eine auskömmliche und auch den Lebensstandard sichernde Rente für jeden Menschen ab 65 finanzieren. In einem reichen Land wie Deutschland hinzunehmen, dass Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, im Alter im schlimmsten Fall Flaschen sammeln müssen, das ist einfach unerträglich.

Wie wollen Sie Ihre Wahlversprechen finanzieren, denn das eine oder andere kostet ja schon noch Geld?

Wir wollen Steuern für wirklich Reiche erhöhen. Wir wollen eine Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von einer Million, also das betrifft nur die, die wirklich reich sind. Der Spitzensteuersatz für Einkommensmillionäre soll auf 75 Prozent steigen. Wir hatten mal eine Körperschaftsteuer von 40 bis 45 Prozent unter Kanzler Kohl, heute sind es 15. Die wollen wir wieder anheben. Und vor allem bei großen Konzernen müssen wir darauf achten, dass die nicht mehr so viele Schlupflöcher haben, um ihre Steuerzahlungen zu reduzieren. Das gilt natürlich auch für die sehr Reichen, die sich ja teilweise einen Sport daraus machen, ihre Vermögen und Einkommen vor dem Fiskus zu verstecken. Wir haben in Deutschland ein ganz ungerechtes Steuersystem. Die kleinen Leute zahlen sehr viele Steuern, und die, die wirklich reich sind, zahlen anteilig zu ihrem Einkommen und ihrem großen Vermögen sehr wenig. Wir wollen, dass das Geld endlich da geholt wird, wo es sich stapelt. Und dann hätte man auch genug, um Bildung, Kitaplätze und vieles andere zu finanzieren.

Wie begegnen Sie denjenigen, die Ihnen daraufhin antworten: Das schwächt den Mittelstand, dann wird nicht mehr investiert und es werden keine Arbeitsplätze geschaffen...

Wenn wir die Schlupflöcher für Konzerne schließen, dann betrifft das nicht den Mittelstand. Und Menschen mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 6000 Euro im Monat wollen wir sogar steuerlich entlasten, ein großer Teil der Mittelschichten wäre also mit unserem Steuerkonzept deutlich bessergestellt als heute.

Interview: Thomas Thimm und Marc Fisser



Sahra Wagenknecht (Linke): „Wir wollen, dass das Geld endlich da geholt wird, wo es sich stapelt.“

Dana